

Der Oberbürgermeister Sozialreferat 0500	Drucksache 11946/08	Datum 28. Mai 08
--	------------------------	---------------------

**Vorlage**

Beratungsfolge	Sitzung			Beschluss			
	Tag	Ö	N	angenommen	abgelehnt	geändert	passiert
Ausschuss für Integrationsfragen	11. Juni 08	X					
Verwaltungsausschuss	1. Juli 08		X				
<b>Rat</b>	8. Juli 08	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR
10, 20	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Überschrift, Beschlussvorschlag

**Integration durch Konsens  
Kommunales Handlungskonzept**

Die Stadt Braunschweig legt bei Weiterentwicklung der Angebote und Strukturen für die Integration von Zugewanderten das anliegende Handlungskonzept zu Grunde und beauftragt die Verwaltung mit der schrittweisen Umsetzung.

Im Stellenplan 2009 werden dazu im Referat 0500 (Stelle 0500.10) zusätzlich eine Stelle der Wertigkeit E 10 sowie eine 0,5-Stelle der Wertigkeit E 6 eingerichtet (zusätzliche Personalkosten insgesamt 81.500 EUR jährlich).

Um einen kurzfristigen Beginn der Umsetzung des Handlungskonzeptes zu ermöglichen, sollen die Stellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Vorgriff auf den Stellenplan 2009 besetzt werden.

In den Haushalt werden ab 2009 jährlich 20.000 EUR Sachmittel zur Umsetzung des Handlungskonzeptes eingestellt.

**Begründung:**

Die „Erklärung des Bundes zum Nationalen Integrationsplan“ vom Juli 2007 bezeichnet Integration als Aufgabe von nationaler Bedeutung. Sie betont, dass trotz vielfältiger Anstrengungen zur Integrationsförderung von Bund, Ländern und Kommunen Integrationsprobleme in den zurückliegenden Jahren teilweise zugenommen haben. Gerade in Teilen der zweiten und dritten Generation der Zugewanderten bestehe erheblicher nachholender Integrationsbedarf.

Es müsse verhindert werden, „dass fehlende Perspektiven und mangelnde Akzeptanz, die eine große Zahl jugendlicher Zugewandeter verspüren, in gesellschaftspolitische Sackgassen führen“. Eine „verlorene Generation“ darf nicht entstehen. Für die Zukunft aller Menschen in unserem Land wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass alle bereit und willens sind, diese Schwierigkeiten zu beheben. Sonst droht aus einem Miteinander ein Nebeneinander zu werden.“

Die Stadt Braunschweig kann auf eine langjährige, anerkannt gute Integrationsarbeit aufbauen. Sie hat schon vor der Vorlage des Nationalen Integrationsplanes mit dem Start des Planungsprojektes „Integration durch Konsens“ gezeigt, dass sie sich ihrer Verantwortung für das Gelingen der Integration auf kommunaler Ebene bewusst ist.

Die in der „Selbstverpflichtung der kommunalen Spitzenverbände“ im Rahmen des Nationalen Integrationsplans empfohlenen Grundsätze, der Integration eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beizumessen, Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und ihrer Bedeutung entsprechend anzusiedeln, kommunale Gesamtstrategien, die den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen angepasst sind, zu entwickeln und fortzuschreiben, sind Bestandteile der Braunschweiger Integrationsplanung.

Im März 2007 hat der Oberbürgermeister gemeinsam mit Professor Dr. Rita Süßmuth mit der Unterzeichnung des „Braunschweiger Appells“ das Planungsvorhaben gestartet. Mit dem „Forum Migration“ wurde eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die u. a. unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenorganisationen den Prozess begleitet. Mit der Verabschiedung des „Interkulturellen Leitbildes“ durch den Rat der Stadt Braunschweig ist die Zielstellung für die kommunale Integrationsarbeit festgelegt worden.

An der anschließenden Arbeitsgruppenphase haben sich über 120 Bürgerinnen und Bürger in sechs Arbeitsgruppen beteiligt. Sie haben zu Jahresbeginn der Verwaltung über 160 Einzelvorschläge für weitere Maßnahmen übergeben.

Integration hat viele Felder, viele Beteiligte, viele Verantwortliche. Um Integration gemeinsam weiter zu entwickeln, bedarf es eines Motors. Der Planungsprozess „Integration durch Konsens“ ist ein entscheidender Anstoß, der viele Akteure zu unterschiedlichen Aspekten der Integration zusammengeführt hat. Dieser Prozess ist mit der Verabschiedung eines Leitbildes und eines Handlungskonzepts nicht zu Ende, sondern geht dann erst in die entscheidende Phase der Realisierung und beginnt damit Wirkung zu entfalten.

...

Die Schwerpunkte der Stadt Braunschweig liegen dabei in den folgenden Handlungsfeldern:

### **1. Förderung der Integration von Anfang an**

- Bei vielen Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, aber auch bei Kindern deutscher Eltern mit sozial problematischen Lebenslagen, ist eine besondere Förderung notwendig. Eltern müssen in ihrer Kompetenz gestärkt werden. Sie sollen aufgeklärt und motiviert werden, unterstützende Angebote von Anfang an in Anspruch zu nehmen. Kindertageseinrichtungen und Schulen kommt eine entscheidende Rolle zu. Einrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Bedarf sind besonders zu fördern.

### **2. Verständigung über Sprache fördern**

- Unabdingbare Voraussetzung für Verständigung wie auch für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache verständigen zu können. Die Stadt Braunschweig hat sich insbesondere durch Sprachförderung für Kinder und niedrigschwellige Sprachkursangebote bereits stark engagiert. Die Bemühungen, allen eine Chance auf Spracherwerb zu bieten, werden fortgesetzt.

### **3. Teilhabe an Bildung sichern**

- Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund weisen deutlich schlechtere Schullaufbahnen auf. Ihre Chancen auf einen höherwertigen Schulabschluss sind auffällig geringer als die von Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Der Weg zu einer Teilhabe am Erwerbsleben, das eine selbstständige Lebensführung ermöglicht, geht über einen ausreichenden Schul- und Berufsbildungsabschluss. Handlungsvorschläge müssen sowohl im Elternhaus der Schülerinnen und Schüler wie auch an den Strukturen der Schulbildung ansetzen.

### **4. Nachbarschaften als Orte der Integration**

- Ein wesentlicher Teil der Begegnung der Menschen findet im Wohnumfeld und im Quartier statt. Die Nachbarschaft ist der bedeutendste Ort, an dem Integration stattfindet oder scheitert. Anlaufstellen in den Quartieren stärken die Integration und den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger, auch durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil, das hier Unterstützung findet.

### **5. Integration in der Arbeitswelt**

- Ein bedeutender Teil der Zugewanderten ist nicht oder nicht ausreichend in das Erwerbsleben integriert. Dafür gibt es vielfältige Ursachen. Ziel kommunalen Handelns ist es, abhängig Beschäftigten wie Selbstständigen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Konkrete Maßnahmen, die zu diesem Ziel führen, müssen mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft unter Beteiligung von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund erörtert werden.

### **6. Kultur als Mittler zwischen den Kulturen**

- Kultur spielt eine wichtige Rolle im Prozess der Verständigung zwischen den Kulturen. Braunschweig verfügt über ein breites kulturelles Angebot. Dies gilt es gezielt darzustellen, zu nutzen und gemeinsam weiterzuentwickeln, u. a. durch die Schaffung einer verwaltungsinternen Struktur und eines darüber hinausgehenden Netzwerks, das möglichst viele Akteure verbindet. Wie weit ein Ausbau der Infrastruktur, z. B. durch ein „Haus der Kulturen“ sinnvoll, notwendig und realisierbar ist, muss im Zuge der gemeinsamen Arbeit geklärt werden.

## **7. Integrative Funktionen des Sports nutzen**

- Dem Sport und insbesondere den Sportvereinen kommt eine hohe soziale Bedeutung zu. Zugänge zu Angeboten und Vereinen sollen erleichtert und die Vereine in die Lage versetzt werden, sich Zugewanderten auch dadurch zu öffnen, dass zusätzliche finanzielle Belastungen nicht entstehen. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden gemeinsam mit dem Stadtsportbund und den Vereinen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und weiter verfolgt.

## **8. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, Vereine der Migranten stärken**

- Zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben müssen Individuen und Gruppen einerseits entsprechende Angebote zur Beteiligung zur Verfügung stehen, andererseits müssen Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen motiviert und in die Lage versetzt werden, diese Chancen auch wahrnehmen zu können. Den Vereinen der Migranten kommt im Integrationsprozess eine Schlüsselrolle zu. Sie sind als Vermittler in die ethnischen Gruppen und als deren Organe ein wichtiger Bestandteil der Kommunikation. Die Arbeit der Vereine wird vor allem mit dieser Zielrichtung verstärkt unterstützt und gefördert.

## **9. Teilhabe sichern durch Information und Beratung**

- Wie weit Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und der Inanspruchnahme notwendiger sozialer Dienste und Angebote genutzt werden können, ist auch abhängig vom Grad der Informiertheit der potentiellen Nutzer. Zugänge müssen auch über Vertrauenspersonen ermöglicht werden. Auch hier kommt den Migrantenvereinen eine große Bedeutung zu. In der Stadt Braunschweig ist eine Vielzahl von Angeboten vorhanden. Diese müssen bedarfsgerecht ausgebaut und qualifiziert werden.

## **10. Verständigung erleichtern durch Dialog und Aufklärung**

- Probleme der Integration haben ihre Ursachen oft in fehlendem Verständnis des jeweils anderen, das Raum für Vorurteile und Ablehnung schafft. Aufklärung durch Dialog und Veranstaltungen tragen dazu bei, eigene Erfahrungen zu machen und die andere Seite besser kennen zu lernen. Die Stadt Braunschweig unterstützt diese Bestrebungen durch die Förderung der Rahmenbedingung, Unterstützung konkreter Vorhaben und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

## **11. Interkulturelle Kompetenz erhöhen**

- Gelingende Integration hängt auch von der Fähigkeit ab, mit unterschiedlichen Kulturen umgehen zu können („Interkulturelle Kompetenz“). Es ist das Anliegen der Stadt Braunschweig, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen und die interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Durch ihr Beispiel sollen auch andere motiviert werden, ähnlich zu handeln.

...

**Finanzielle Auswirkungen:**

Wesentliche Teile der Arbeitsgruppenvorschläge und des Handlungskonzepts richten sich an Organisationen, Träger und Einrichtungen außerhalb der Stadt Braunschweig. Ob und wie weit diese Vorschläge aufgegriffen werden, ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zu erkennen. Unmittelbare finanzielle Verpflichtungen der Stadt Braunschweig sind daraus nicht abzuleiten.

Bestandteile des Handlungskonzepts, für deren Umsetzung die Stadt Braunschweig selbst verantwortlich ist, sind zum Teil mit Kosten verbunden, die die zuständigen Dezernate und Fachbereiche aus ihren jeweiligen Budgets erbringen müssen. Einzelne Maßnahmen, die aus vorhandenen Mitteln nicht finanziert werden können, bedürfen einer entsprechenden Beschlussfassung und unterliegen damit jeweils der politischen Entscheidung, ob und mit welchen finanziellen Aufwendungen sie umgesetzt werden sollen.

Ein bedeutender Teil der Integrationsarbeit in der Stadt Braunschweig wurde bislang durch die erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln (Land, Bund, Europäische Gemeinschaft und andere) bestritten. Entsprechend der bundesweit gewachsenen Bedeutung der Integrationsarbeit hat sich die Zahl der Programme vergrößert, die gezielt die Integration fördern sollen. Hier hat die Stadt Braunschweig die Funktion, Drittmittel einzuwerben und ggf. auch anderen Trägern zur Verfügung zu stellen. Die Einwerbung von Drittmitteln und die Umsetzung von Drittmittelprojekten soll fortgesetzt werden.

Zur Unterstützung der Migrantenvereine, denen bei der Umsetzung des Handlungsprogramms eine wichtige Rolle zukommt, sowie für eine verstärkte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit werden ab 2009 im Haushalt Sachmittel in Höhe von 20.000 EUR jährlich eingestellt. Für die zu schaffenden 1,5 Stellen entstehen Personalkosten von ca. 81.500 EUR jährlich.

**Auswirkungen auf den Stellenplan 2009:**

Die Stelle 0500.10 wird um eine Stelle der Wertigkeit E 10 und eine 0,5-Stelle der Wertigkeit E 6 erweitert. Aufgaben, die mit der E 10-Stelle verbunden sind, sind eine verstärkte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die erweiterte Kooperation mit den Organisationen der Migranten und die Entwicklung und Begleitung von Konzepten zur Erweiterung der interkulturellen Kompetenz.

Der halben E 6-Stelle werden Aufgaben der Sprachmittlertätigkeit, der Vermittlung von Anforderungen an Sprachmittler und der Aufbau eines Sprachmittlerpools zugeordnet.

I. V.

gez.

Markurth

## Handlungskonzept Integration in Braunschweig

### Vorbemerkung

Im Rahmen des Planungsprozesses „Integration durch Konsens – ein Handlungskonzept für Braunschweig“ beteiligten sich in der zweiten Jahreshälfte 2007 rund 120 Bürgerinnen und Bürger in sechs Arbeitsgruppen an der Erstellung von Vorschlägen, welche Maßnahmen in der Stadt Braunschweig und teilweise darüber hinaus ergriffen werden sollten, um das „Interkulturelle Leitbild“ mit Leben zu füllen. Am Ende der Arbeitsgruppenphase stellten die Arbeitsgruppen der Steuerungsgruppe „Forum Migration“ ihre Vorschläge vor und übergaben der Verwaltung eine Auflistung von insgesamt über 160 Einzelvorschlägen. Auf dieser Grundlage entwickelte die Verwaltung das kommunale Handlungskonzept mit den folgenden Bestandteilen:

### 1. Förderung der Integration von Anfang an

Mehr als 30 Prozent der Kinder unter drei Jahren haben mindestens ein Elternteil mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit. Bei vielen von ihnen, aber auch bei Kindern deutscher Eltern mit sozial problematischen Lebenslagen, ist eine frühzeitige besondere Förderung notwendig. Die Kompetenzen der Eltern sollen gestärkt werden. Sie sollen aufgeklärt und motiviert werden, unterstützende Angebote von Anfang an in Anspruch zu nehmen. Kindertageseinrichtungen und Schulen kommt bei der Förderung eine entscheidende Rolle zu. Sie müssen in den Stadtteilen mit hohem Integrationsbedarf besonders gefördert werden. Auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird besonderer Wert gelegt.

Ein hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen eines Stadtteils darf nicht dazu führen, dass sich Eltern entscheiden, im Interesse ihrer Kinder in andere Stadtteile umzuziehen.

- Einrichtungen für Kinder in Stadtteilen mit hohem Integrationsbedarf erhalten eine besondere Förderung durch Ressourcen und Personalausstattung. Der Integrationsbedarf entsteht nicht nur durch Zuwanderung, sondern ist in hohem Maße durch die soziale Lage der Kinder und ihrer Familien begründet.
- Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen KiTa/Schulen und Eltern werden interkulturelle Fortbildungen für pädagogische Teams vor Ort (Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern) angeboten.
- Ein Infoblatt soll in verschiedenen Sprachen „Rund um das Thema Geburt“ informieren.
- Die Stadt Braunschweig nimmt Eltern und Neugeborene als Braunschweiger wahr und drückt dies mit einem symbolischen Geschenk „Begrüßungspäckchen der Stadt Braunschweig“ aus. Dies ermöglicht den Einzelnen (sowohl Deutschen als auch Zugewanderten) sich als Braunschweiger und als Teil dieser Gesellschaft zu sehen und zu fühlen und hier „Wurzeln zu schlagen“.
- Ein Familienatlas soll einen Überblick geben, was Familien und Alleinerziehenden in Braunschweig geboten wird, über adäquate Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für bestimmte Themen und Probleme informieren und es Eltern erleichtern, vorhandene Angebote zu nutzen.

...

## 2. Verständigung über Sprache fördern

Das vom Rat der Stadt im April 2008 verabschiedete Leitbild fordert „Alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger können sich untereinander in deutscher Sprache verständigen“. Die gemeinsame Sprache ist die unabdingbare Voraussetzung für Verständigung zwischen Zugewanderten und hier Geborenen wie auch für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Stadt Braunschweig hat sich insbesondere durch Sprachförderung für Kinder und niedrigschwellige Sprachkurseangebote bereits stark engagiert. Die Bemühungen, allen in Braunschweig Zugewanderten eine Chance auf Spracherwerb zu bieten, werden ausgebaut.

- Die Angebote zum Spracherwerb in Braunschweig sind bereits vielfältig und setzen an unterschiedlichen Bedarfen an. Ergänzend zu den Spracherwerbsangeboten des Landes und den Integrationskursen werden die niedrigschwelligeren Angebote der Stadt Braunschweig weitergeführt. Darüber hinaus sollen weitere Anregungen aufgegriffen werden.
- Mit der Landesschulbehörde wird die Möglichkeit geprüft, neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen mit Sprachdefiziten vor Teilnahme am Regelunterricht Intensivkurse zum Erlernen der deutschen Sprache anzubieten und die Schülerinnen und Schüler damit in die Lage zu versetzen, dem Regelunterricht folgen zu können.
- Die Stadt Braunschweig setzt sich dafür ein, dass die Integrationskurse auch von Eltern mit Kindern genutzt werden können, indem eine möglichst kostenlose Kinderbetreuung gewährleistet wird. Es wird geprüft, wie weit das bestehende Angebot verbessert werden muss.
- Langfristig sollen die Rahmenbedingungen für Sprachförderung in Stadtteilen mit erhöhtem Bedarf verbessert werden (Ausstattung der Kitas und Schulen; siehe auch unter 1). Der Bedarf muss im Einzelnen festgestellt werden.
- Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen werden angeregt, den Spracherwerb auch über Schulprojekte wie Theaterwerkstatt oder Musikprojekte zu fördern.

## 3. Teilhabe an Bildung sichern

Internationale Studien (PISA) wie Braunschweiger Erhebungen zeigen, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Schullaufbahnen aufweisen und ihre Chancen auf einen höherwertigen Schulabschluss auffällig geringer sind als die von Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Der Weg in die Mitte der Gesellschaft und zu einer Teilhabe am Erwerbsleben, das eine selbstständige Lebensführung ermöglicht, geht in der Regel über einen entsprechenden Schul- und Berufsbildungsabschluss. Die Ursachen für die Benachteiligung sind unterschiedlich. Die Handlungsvorschläge müssen sowohl im Elternhaus der Schülerinnen und Schüler wie auch an den Strukturen der Schulbildung ansetzen.

- Mit entscheidend für eine erfolgreiche Bildungskarriere ist die Einstellung der Eltern. Über Beratungsangebote und mit Hilfe der Migrantenvereine sollen Eltern mit Migrationshintergrund über die zentrale Bedeutung eines qualifizierten Schulabschlusses und einer Berufsausbildung für den weiteren Lebensweg ihrer Kinder in der Gesellschaft aufgeklärt werden.

...

- Durch gezielte Förderung in Kleingruppen soll die Erlangung qualifizierter Schulabschlüsse erleichtert werden. Dazu sind der Bedarf zu ermitteln und ggf. entsprechende Angebote zusätzlich zu entwickeln oder bestehende zu ergänzen.
- Ergänzend zu bestehenden Förderangeboten wird angeregt, den Erwerb herkunftssprachlicher Kompetenz durch freiwillige AG-Angebote in den Schulen zu verbessern und ggf. die Herkunftssprache als Fremdsprachangebot in den Unterricht zu integrieren.

#### 4. Nachbarschaften als Orte der Integration

Ein wesentlicher Teil der Begegnung der Menschen findet im Wohnumfeld und im Quartier statt. Das Wohnumfeld ist der bedeutendste Ort, an dem Integration stattfindet oder scheitert. Die Stärkung der Quartiere und Nachbarschaften und der Ausbau der Stadtteilarbeit rücken bundesweit zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses der Wohnungswirtschaft und des kommunalen Handelns. Nachbarschaftstreffs (wie beispielhaft in der Weststadt), Anlaufstellen in den Quartieren wie Stadtteilbüros, Stadtteilläden etc. ermöglichen Begegnung und stärken die Integration und den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger. Von hier aus kann auch gezielt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil Unterstützung finden.

- Der Ansatz, gemeinsam mit freien Trägern und Wohnungsunternehmen Anlaufstellen in den Stadtteilen zu schaffen (Stadtteilbüros, Nachbarschaftstreffs), wird weiter verfolgt und ausgebaut. Diese Einrichtungen dienen nicht allein der Integration von Zugewanderten, sondern allen Bewohnerinnen und Bewohnern eines Stadtteils als Anlaufstelle und als Ort, sich bürgerschaftlich zu engagieren.
- Mit der Durchführung von Kulturprojekten und Stadtteilevents (Stadtteulfeste, Bürgerbrunch etc.) werden der Zusammenhalt der unterschiedlichen Gruppen eines Stadtteils gefestigt und Schranken im Verständnis unterschiedlicher Kulturen beseitigt.
- Die stadtteilbezogenen Medien (Stadtteilzeitungen) werden aufgefordert, Gruppen und Personen aus dem Migrationsbereich vorzustellen. Migrantinnen und Migranten sollen als Teil des Stadtteils wahrgenommen werden.
- Entsprechend dem Leitbild fördert die Stadt Braunschweig die freiwillige soziale Durchmischung durch eine mit den Wohnungsbaugesellschaften abgestimmte Wohnungspolitik.

#### 5. Integration in der Arbeitswelt

Der Anteil der Zugewanderten, die in den hiesigen Arbeitsmarkt integriert sind, liegt dauerhaft und deutlich unter dem der Deutschen ohne Migrationserfahrung. Probleme der Erwerbstätigkeit von Zugewanderten sind vielfältig. Sie spiegeln sich nicht nur in einer dauerhaft hohen Erwerbslosenquote wider. Dafür sind verschiedene Ursachen verantwortlich. Ziel kommunalen Handelns ist es, abhängig Beschäftigten wie Selbstständigen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Hierzu gehört, den Erwerb entsprechender Schulabschlüsse zu fördern und den Übergang von der Schule in Ausbildung zu fördern. Welche konkreten Maßnahmen zu dem Ziel führen können, die Erwerbsbeteiligung von Zugewanderten zu erhöhen, muss mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft unter Einschluss von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund erörtert werden.

...



- Die Thematik und die breite Palette der Anregungen der Arbeitsgruppe werden in Fachgesprächen unter Federführung der Braunschweig Zukunft GmbH mit den in den Handlungsvorschlägen Aufgeführten erörtert.

## 6. Kultur als Mittler zwischen den Kulturen

Kultur spielt eine wichtige Rolle im Prozess der Verständigung zwischen den Kulturen. Braunschweig verfügt über ein breites kulturelles Angebot. Dies gilt es gezielt darzustellen, zu nutzen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Der städtischen Kulturarbeit obliegt die Schaffung einer verwaltungsinternen Struktur und eines darüber hinausgehenden Netzwerks, das möglichst viele Akteure verbindet. Hier ist zu bewerten, wie die Vorschläge der Arbeitsgruppe Kultur aufgegriffen werden können und sollen. Wie weit ein Ausbau der Infrastruktur, z. B. durch ein „Haus der Kulturen“ sinnvoll, notwendig und realisierbar ist, muss im Zuge der gemeinsamen Arbeit geklärt werden.

- Eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe koordiniert die interkulturelle Kulturarbeit auf kommunaler Ebene.
- Der federführenden Verwaltungseinheit obliegt die Vernetzung der unterschiedlichen Träger und Angebote.
- Sie organisiert Fortbildungen für interkulturelle Kulturträger und Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz für Institutionen und Träger von Kulturangeboten.
- Mittelfristig soll ein „Forum Interkulturelle Kulturarbeit“ mit möglichst vielen Akteuren aus dem interkulturellen Bereich geschaffen werden. Das Forum beginnt seine Arbeit mit einem Auftaktworkshop zur interkulturellen Bildungsarbeit mit Praxisbeispielen und konkreten Vorführungen.
- Die vielfältigen Anregungen der Arbeitsgruppe Kultur werden aufgegriffen und in der kommunalen Arbeitsgruppe und im Forum Interkulturelle Kulturarbeit weiterentwickelt. Sie wenden sich an unterschiedliche Akteure, mit denen die Möglichkeiten, Bereitschaft und Voraussetzungen zur Umsetzung der Vorschläge geklärt werden muss.
- Als zentraler Ort interkultureller Begegnungen wird die Errichtung einer Internationalen Begegnungsstätte „Haus der Kulturen“ weiter verfolgt. Ein mögliches Konzept soll mit Hilfe eines moderierten Workshops und unter Einbeziehung der Migrantenvereine entwickelt werden.

## 7. Integrative Funktionen des Sports nutzen

Dem Sport und insbesondere den Sportvereinen kommt eine hohe soziale Bedeutung zu. Die Zugänge zu den Vereinen und ihren Angeboten sollen erleichtert, die Vereine in die Lage versetzt werden, sich Zugewanderten zu öffnen, ohne dass dem zusätzliche finanzielle Belastungen entgegenstehen. Wichtigste Akteure sind die Sportvereine und der Stadtsportbund.

- Gemeinsam mit dem Stadtsportbund, unter Einbeziehung der Stützpunktvereine und Migrantenselbstorganisationen, sucht die Stadt Braunschweig nach Möglichkeiten, die Vorschläge der Arbeitsgruppen umsetzen zu können.

...

## 8. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, Vereine der Migranten stärken

Zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, müssen Individuen und Gruppen entsprechende Angebote zur Beteiligung zur Verfügung stehen. Andererseits müssen Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen motiviert und in die Lage versetzt werden, diese Chancen auch wahrnehmen zu können.

Den Vereinen der Migranten kommt hier wie im Integrationsprozess insgesamt eine Schlüsselrolle zu. Sie sind als Vermittler in die ethnischen Gruppen und als deren Organe ein wichtiger Bestandteil der Kommunikation. Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist unerlässlich. Dazu leistet die Stadt Braunschweig weiterhin ihren Beitrag. Die Arbeit der Vereine wird vor allem mit dieser Zielrichtung verstärkt unterstützt und gefördert.

- Analog der Beteiligungsaktionen von Kindern bei der Neu- und Umgestaltung von Spielplätzen werden Aktionen durchgeführt, die Kinder aus allen Nationen zusammenführen. (Beispiel: Kinder bauen ihre [Wunsch-]Stadt.)
- Zur verstärkten Beteiligung von Jugendlichen wird das bestehende Internetportal bs.4u.net unter Beteiligung der Angesprochenen als "Experten in eigener Sache" um die Themen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erweitert.
- Für weitere direkte Beteiligungsangebote an Kinder und Jugendliche werden Träger gesucht und unterstützt. Vorgeschlagen wird die Durchführung einer Internationalen Braunschweiger Jugendkonferenz zu den Themen Schule, Beruf, Freizeit, Sport, Kultur und Familie.
- Die Teilhabemöglichkeiten von Eltern in den verschiedenen Gremien werden durch Fortbildungen in den Bereichen Spracherwerb, Stärkung der Erziehungskompetenz und Informationen über Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt. Die Stadt Braunschweig bemüht sich um Entwicklung und durch Durchführung entsprechender Angebote in Kooperation mit anderen Trägern.
- Gesellschaftliche Teilhabe geschieht auch durch Wahrnehmung von politischen Rechten, z. B. durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in politischen Parteien und Gruppierungen, die dafür offen sein müssen.
- Durch motivierende Aufklärung auch über die Migrantenvereine sollen Zugewanderte bewegt werden, mehr als bisher von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.
- Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Inanspruchnahme diverser Rechte und ein deutliches Zeichen dafür, sich in die aufnehmende Gesellschaft und ihre Strukturen und grundsätzlichen Wertorientierungen zu integrieren. Über die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft wird verstärkt aufgeklärt.
- Den Vereinen der Migrantinnen und Migranten („Migrantenselbstorganisationen“) kommt im Prozess einer gelingenden Integration eine hohe Bedeutung zu. Die Beteiligung und die Förderung der Vereine hat in Braunschweig eine lange Tradition. Auf der Grundlage der bisherigen Zusammenarbeit wird die Arbeit der Vereine weiterhin unterstützt und ausgebaut. Im Vordergrund der kommunalen Förderung steht das soziale Engagement der Vereine und deren Bemühungen die Integration zu fördern. Die Vereine werden in ihren Bemühungen gestärkt, sich auch nach außen weiter zu öffnen.

...

- Zum Austausch, zur Vernetzung und zur Planung gemeinsamer Veranstaltungen wird als Koordinationsgremium ein „Runder Tisch“ ins Leben gerufen. Die Aufgabe der Stadt Braunschweig ist es, dieses Gremium zu initiieren.
- Für die Vereine werden Schulungen und Fortbildungen angeboten.
- Mitglieder der Vereine werden gezielt zur Mitarbeit in bestehenden formellen und informellen Gremien eingeladen.

## 9. Teilhabe sichern durch Information und Beratung

Die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und die Inanspruchnahme notwendiger sozialer Dienste und Angebote sind auch abhängig von Grad der Informiertheit der potentiellen Nutzer. Infomaterialien, Broschüren und Internet-Portale sind hilfreich und notwendig, aber oftmals nicht ausreichend. Zugänge müssen darüber hinaus durch Vertrauenspersonen ermöglicht werden. Auch hier kommt den Migrantenvereinen eine große Bedeutung zu. Eine Erstberatung muss bekannt und leicht erreichbar sein. Von hier aus muss eine qualifizierte Weiterleitung an für Migrationsfragen entsprechend sensibilisierte Regelangebote und spezifische Angebote für Migrantinnen und Migranten erfolgen. In der Stadt Braunschweig ist eine Vielzahl von Angeboten vorhanden. Diese müssen bedarfsgerecht ausgebaut und qualifiziert werden. Die bessere Nutzung der Regelangebote zu ermöglichen, steht im Vordergrund. Hierzu gehört auch ein verstärkter Einsatz von Sprachmittlern und Lotsen.

- Von der Einrichtung weiterer Anlaufstellen wird abgesehen. Erste zentrale Anlaufstelle für Ratsuchende ist die Bürgerberatung. Von dort wird im Bedarfsfall weiter verwiesen. Das Büro für Migrationsfragen leistet in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen freier Träger qualifizierte Beratung und koordiniert die städtischen Angebote und Maßnahmen.
- Mittelfristig wird ein Beratungsnetzwerk eingerichtet, das die wichtigsten Anlaufstellen für Migrantinnen und Migranten so weit verknüpft, dass Anliegen von allen beteiligten Stellen qualifiziert und verantwortlich an die jeweils zuständige Stelle weitergeleitet werden können.
- Das Internet-Angebot der Stadt Braunschweig wird erweitert, um Zugewanderten erste Informationsmöglichkeiten zu bieten. Dazu sollen mittelfristig auf der Eingangsseite [www.braunschweig.de](http://www.braunschweig.de) erste weiterführende Informationen in weiteren Sprachen angeboten werden. Die Internetseite des Büros für Migrationsfragen wird mit Unterstützung der am Integrationsprozess Beteiligten entsprechend aktualisiert. Die Beteiligten werden verlinkt.
- Migrantinnen und Migranten benötigen verbesserten Zugang zu allgemeinen sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen (Regeldienste). Dazu sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult und fortgebildet werden, eine integrative, interkulturell offene Beratung zu sozialen Fragen, Frauen, Familien, Sucht entwickelt und bereitgestellt werden. Bestehende Programme werden genutzt. Regeldienste qualifizieren sich zur Entwicklung integrativer Arbeit. Ein besonderes Augenmerk muss auf eine erhöhte Nutzung von Regelangeboten im Vorfeld von Krisen gelegt werden.

...

- Der Zugang zu den vorhandenen Strukturen (z. B. Bildungssystem) oder Einrichtungen (soziale Einrichtungen, Einrichtungen des Gesundheitswesens u. a.) ist oftmals nicht nur durch sprachliche Barrieren verstellt. Er kann geöffnet werden durch Beratungsangebote in der Muttersprache durch Personen entsprechender kultureller Herkunft oder hoher interkultureller Kompetenz. Diese sind in Teilen der Stadt bereits vorhanden (Westliches Ringgebiet, Weststadt). Die Stadt Braunschweig bemüht sich, die Angebote weiter aufrechtzuerhalten und bedarfsgerecht auszubauen. Hierbei wurden und werden auch künftig externe Trägerschaften, Kooperationen und Förderung aus Drittmitteln angestrebt.
- Um die Nutzung vorhandener Strukturen und Angebote zu ermöglichen, werden Migrantinnen und Migranten von ehrenamtlichen Lotsen begleitet. Das Büro für Migrationsfragen legt dazu einen Pool von Lotsen, Kulturvermittlern und Elternbegleitern an, an den bei Bedarf vermittelt wird.
- Die Migrationserstberatung richtet ihr Angebot an Menschen, die in den letzten drei Jahren zugewandert sind. Auch schon länger als drei Jahre in Deutschland lebende Migranten benötigen passgenaue Beratungsangebote. Ausreichende Beratungsangebote für migrationsspezifische Anliegen müssen vorgehalten werden. Die Stadt Braunschweig setzt sich dafür ein, die Aufgaben der Migrationserstberatung auch auf länger hier Lebende auszuweiten. So weit wie möglich sollen auch Zugewanderte Beratungen in den Regelangeboten wahrnehmen können.
- Im Vorfeld einer persönlichen Beratung können Informationsmedien hilfreich sein, die muttersprachlich verfasst sind. Dies muss von den Angebotsträgern jeweils geprüft werden.
- Bei fehlenden Sprachkenntnissen muss ein niedrighschwelliges Angebot von Sprachmittlung vorhanden sein. Die im Büro für Migrationsfragen erstellte Liste von Sprachmittlern wird aktualisiert und zugänglich gemacht, Anfragen nach Sprachmittlern werden weitergeleitet („Dolmetscherpool“). Ihre Inanspruchnahme kann aber nicht kostenfrei gestaltet werden. Bei privater Inanspruchnahme durch Personen mit unzureichendem Einkommen muss nach Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden.

## 10. Verständigung erleichtern durch Dialog und Aufklärung

Probleme im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft haben ihre Ursachen oft in fehlendem Verständnis des jeweils anderen, das Raum für Vorurteile und Ablehnung schafft. Begegnungen im Alltag, aber auch Aufklärung durch Dialog und Veranstaltungen tragen dazu bei, eigene Erfahrungen zu machen und die andere Seite besser kennen zu lernen. Hierzu gehört auch der Dialog zwischen den Religionen. Die Stadt Braunschweig unterstützt diese Bestrebungen durch die Förderung der Rahmenbedingung und Unterstützung konkreter Vorhaben. Insbesondere durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung in den Medien wird dieser Prozess gestützt.

- Kulturelle Angebote und Begegnungsmöglichkeiten in Stadtteilen und Quartieren erleichtern den Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen und Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus wird der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen weitergeführt. Hier kommt der Stadt Braunschweig eine initiierende und organisierende Funktion zu. Sie unterstützt Bemühungen freier Träger und Religionsgemeinschaften, die auf Kommunikation und Information im Sinne eines Werbens für Toleranz gerichtet sind. Entsprechende Veranstaltungen werden von der Stadt Braunschweig unterstützt.

...

- Entsprechend der Aussage im Interkulturellen Leitbild, dass keine Diskriminierung geduldet wird, wird geprüft, ob und wie dem Anliegen, Anlaufstellen und einen Beschwerdeausschuss zu schaffen, Rechnung getragen werden kann.
- Begegnung über den Alltag hinaus bedarf der Anlässe und der Räume. Veranstaltungen auf der Stadtteilebene kommt hier eine besondere Bedeutung zu.
- Zur Enttabuisierung des Themas Zuwanderung wird eine Aufklärungskampagne gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten gestaltet, die sich über unterschiedliche Medien an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig wendet.
- Eine wichtige Funktion kommt der Darstellung der Migrationsproblematik und der Integrationsbemühungen in den Medien zu. Elektronische und Printmedien werden von der Stadt Braunschweig regelmäßig informiert und motiviert, den Anliegen der Integration und der Zugewanderten den ihnen zukommenden Stellenwert einzuräumen.

## 11. Interkulturelle Kompetenz erhöhen

Ob und wie weit Integrationsbemühungen Erfolg haben, hängt weitgehend von der Bereitschaft der beteiligten Personen und Institutionen und von den vorhandenen Rahmenbedingungen ab. Eine wichtige Voraussetzung ist aber auch die Fähigkeit, mit unterschiedlichen Kulturen umgehen zu können. Die Fachsprache beschreibt dies als „Interkulturelle Kompetenz“. Sie ist auf allen Ebenen Voraussetzung für gelingende Kommunikation. Es ist das Anliegen der Stadt Braunschweig, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu steigern und die interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Durch ihr Beispiel sollen auch andere motiviert werden, ähnlich zu handeln.

- Entsprechend der Zielstellung, „Integration von Anfang an“ zu betreiben, benötigen Kinder mit Migrationshintergrund intensive Unterstützung zur Förderung der sozialen Integration. Die kulturelle und sprachliche Integration in der Kita bedarf der interkulturellen integrativen Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Eine teambezogene Fortbildung wird vorgeschlagen (siehe auch 1.). Die geforderte Qualifikation sollte schon in der Aus-, nicht erst durch Fortbildung vermittelt werden. Laufende Projekte sollen fortgesetzt und ausgebaut werden. Entsprechendes gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer sozialer Angebote.
- Die Bedeutung interkultureller Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden, Trägern und Einrichtungen wie für das Alltagshandeln aller Menschen ist noch nicht überall ausreichend bekannt. Dem soll mit einer „Motivationskampagne“ Rechnung getragen werden.
- Die Stadt Braunschweig ist bestrebt, durch Ausbildung und Einstellung den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Für regelmäßige Fortbildungen zum Erwerb interkultureller Kompetenz nicht nur für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Braunschweig wird geworben.
- Die Stadt Braunschweig bemüht sich um den Aufbau eines Trainerpools und wirbt verstärkt für die Einrichtung von und Teilnahme an entsprechenden Schulungsmöglichkeiten.